



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/90 - 20. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Sachsenhausen - Symbol für NS- und SED-Grusamkeit</u> Verhöhnung der Opfer des Hitler-Terrors	49
2	<u>Republikfonds</u> Die Lehren aus dem Fall Konann	28
3 - 3a	<u>Die Italiener und der Michusni-Prozess</u> Von unseren Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	86
4	<u>Schutz vor Verrat</u> Von Wolfgang Jansen	43
5 - 6	<u>Entwicklung zur bürgerlichen Rechte?</u> Das Bild der "Gesamtdeutschen Partei" in Schleswig-Holstein	70
7 - 8	*** <u>Angola klopft an das Tor zur Freiheit</u> Von Helmut Bauer	88

* * *

*** Die Ereignisse in Angola lassen befürchten, dass dort ein neuer Unruheherd in Afrika entsteht. Am 1. Februar 1961 veröffentlichte der Sozialdemokratische Pressedienst einen Artikel zu diesen Problemen. Wir wurden von mehreren Abonnenten gebeten, diesen Artikel im Zusammenhang mit den jetzt in der Weltpresse erscheinenden Meldungen über die Vorgänge in Angola noch einmal zu veröffentlichen. Wir konnten diesem Wunsch gern nachkommen.

Die Redaktion

* * * * *

Sachsenhausen - Symbol für NS- und SED-Grausamkeit

Verhöhnung der Opfer des Hitler-Terrors

sp-Am kommenden Sonntag werden die Kommunisten auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen eine "nationale Gedenkstätte" weihen. Unter internationaler Beteiligung wollen sich die Führer des SED-Staates als Erben des antifaschistischen Freiheitskampfes und als Hüter der Humanität produzieren.

Die Wahl des NS-Konzentrationslagers Sachsenhausen als Ort der Handlung schien ihnen für diesen Zweck geeignet, weil deutsche Antifaschisten hier gemeinsam mit Hitler-Opfern aus allen überfallenen Ländern Europas fürchterliche Leiden erdulden mussten. Die Sympathie der überlebenden ausländischen Häftlinge für die deutschen Antifaschisten soll auf diese Weise auf den SED-Staat übertragen werden.

Wäre schon allein dieser Missbrauch Grund genug, laut zu protestieren, hat aber die Angelegenheit noch einen anderen, makabren Hintergrund: Sachsenhausen war nämlich nicht nur NS-KZ, sondern wurde auch fünf Jahre von den Kommunisten als KZ weiterbenutzt.

Von 1945 bis 1950 leisteten die Kommunisten hier insgesamt 50 000 Opfer ihrer Politik ein, darunter 7 500 Frauen.

Es wäre gut, wenn die ausländischen Besucher die kommunistischen Gastgeber nach dem Schicksal dieser 50 000 Menschen, darunter vielen tausend Sozialdemokraten, fragten. Damit die Kommunisten keine faulen Ausflüchte machen können, wollen wir auch hier offen sagen, was aus den Lagerakten des kommunistischen KZ hervorgeht:

22 000 Häftlinge mussten in den Jahren 1945 bis 1950 elendig sterben und wurden im Gelände rings um dieses KZ verscharrt. Todesursachen waren hauptsächlich Typhus, Ruhr, Unterernährung und Misshandlungen durch die Soldatenska ULBRICHS, die sich auch damals "Volks-Polizei" nannte. 8 000 weitere Sachsenhausenhäftlinge wurden in dieser Zeit in die UdSSR deportiert, die meisten von ihnen haben das nicht überlebt. Nur knappe 40 Prozent sind aus der kommunistischen Sachsenhausenhölle wieder herausgekommen.

Wie sehr ULBRICH auch die Opfer des Hitler-Konzentrationslagers missachtet - im Gegensatz zu seinen Behauptungen als Schirmherr des Sachsenhauserkomitees - mag aus folgendem hervorgehen: zu seinen Opfern aus der Zeit von 1945 bis heute gehören zahlreiche prominente Sachsenhauserhäftlinge von 1933 bis 1945, die er wieder hinter Gitter und Stacheldraht brachte.

20. April 1961

Um nur einige zu nennen, sei hier an den Altkommunisten Carl RÄDDATZ, den Schustereiher Karl BLOCH, den Schriftsteller Karl WESENICK und den Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstitutes Willy KLING erinnert. Andere prominente Hitleropfer aus Sachsenhausen hat UBRICHT gemassregelt. Unter ihnen befinden sich Männer wie SCHURDEMAN, S. LILLER, JANDRATZKI und Bruno BAUM.

Das sind die Tatsachen, die beweisen, dass am kommenden Sonntag in Sachsenhausen die Opfer des Terrors nicht geehrt, sondern verhöhnt werden. Ein moralisches Recht, die Opfer der Gewalt zu ehren und als Zeugen aufzurufen, haben nur jene, die gegen jeden politischen Terror ehrlichen Herzens auftreten, die gegen die Grausamkeiten HITLERS u n d UBRICHTS mit gleicher Hingabe kämpfen. Das muss gerade an diesem Tage ausgesprochen werden.

+ + +

Reptilienfonds

so - Von Jahr zu Jahr schwillt der Reptilienfonds des Bundeskanzlers an. Er hat nun eine zweistellige Millionenzahl erreicht. Die Parlamentsmehrheit weigert sich seit Jahr und Tag, diese Millio-nengelder durch einen Parlamentsausschuss, der wirklich nicht gross zu sein braucht, kontrollieren zu lassen. Niemand wird und kann den Kanzler vorwerfen, er brauche diese Gelder für persönliche Zwecke. Niemand kann und wird auch die Notwendigkeit eines solchen Geheimfonds bestreiten. Die amtlichen Stellen, die diese Gelder verwalten, verfügen über eine grosse Macht, sie können willfährige Menschen kaufen und Beträge für Zwecke ausgeben, die dem forschenden Blick der Öffentlichkeit entzogen sind. Aber auch hier sollte eine gewisse Kontrolle geboten sein, schon um den Versuchungen zu begegnen, die an jeden bei der Verwaltung dieser Gelder herantraten. Im Bundespresseamt, das kraft seines Amtes über beträchtliche Teile dieses Reptilienfonds frei verfügt, hat es einen Selbstmord gegeben und eine Anklage gegen einen Beamten wegen Unterschlagung. Gewiss ist niemand gegen menschliche Schwächen gefeit und solche Fälle lassen sich wahrscheinlich nie ganz vermeiden, aber es sollte doch alle Vorkehrungen getroffen werden, dass sie nicht allzu häufig auftreten. Eine Sicherung gegen Unterschlagungen öffentlicher Gelder wäre die Einsetzung parlamentarischer Kontrollen, wogegen sich, leider, aus parteiegoistischen Gründen eben die Parlamentsmehrheit wehrt. Im Falle Homann wurden jahrelang ziemlich hohe Beträge ausgegeben, ohne dass eine Überprüfung dieser Ausgaben erfolgte. Das grenzt schon an einen öffentlichen Skandal. Leider besteht die gerechtfertigte Befürchtung, dass dieser Skandal nicht einmalig bleibt, dass Korruption und Bespottung gedeihen, ja geradezu gefördert werden, so lange Millionenbeträge aus dem Reptilienfonds der parlamentarischen Kontrolle entzogen sind.

+

Die Italiener und der Eichmann-Prozess

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die überwiegende Mehrheit des italienischen Volkes stand und steht der Judenfrage völlig fremd und passungslos gegenüber. Man "fühlt" das Judenproblem hier nicht, wie sich der Italiener bezeichnenderweise ausdrückt. Es ist nicht so sehr die erschreckende Zahl der sechs Millionen im Dritten Reich ermordeter Juden, die dem Durchschnittsitaliener "unbegreiflich" erscheint, als vielmehr die Tatsache, dass man auch nur einen Juden, seiner Rasse wegen, habe verfolgen und umbringen können. "Sono figli di Mamma anche loro" - auch sie sind Kinder von Müttern, hört man immer wieder aus dem Volke sagen, und damit hat man das ganze Judenproblem, das eben für die Italiener nie eines war, ein für allemal erledigt. Ganz abgesehen davon ist die Bevölkerung Italiens im Laufe ihrer bewegten Geschichte so sehr von fremden Völkern und Rassen besetzt worden, dass auch rein physisch eine Unterscheidung zwischen dem israelitischen und dem lateinischen Typ allgemein schwerfällt.

Gerade dieser Tage, im Zusammenhang mit dem Prozess in Jerusalem, hat der Oberrabbiner von Rom, Dr. Taoff, in einem Interview von der "bevorzugten Stellung" gesprochen, welche die italienischen Juden genossen haben. Obschon Mussolini, um Hitler entgegenzukommen, 1938 das beschämende "Rassengesetz" erliess, lebten die ungefähr 40 000 in Italien ansässigen Israeliten weiter ungestört.

Deportationen nach Deutschland

Die schreckliche und für einen Italiener völlig unfassbare Judenjagd begann praktisch erst im Oktober 1942, und gerade in Rom. Der SS-Kommandant Kappler hatte den israelitischen Bewohnern der Hauptstadt befohlen, innerhalb 24 Stunden 50 kg Gold zu sammeln und ihm zu übergeben, da sonst 200 römische Juden erschossen würden. Damals wusste man bereits, dass es Kappler nicht bei einer blossen Drohung bewenden lassen würde. Es erschien allen beinahe eine Sache der Unmöglichkeit, in dieser kurzen Frist eine solche Menge Gold zusammenzubringen. Diese Art von "Wunder" wurde jedoch dank der Solidarität aller in einer fieberhaften und unvergesslichen "Suche nach dem Gold" vollbracht. Das kostbare Gut wurde Kappler übergeben; dieser hielt jedoch sein Versprechen nicht ein; zweihundertfünfzig Juden (von der 8000, die damals in Rom lebten) wurden verhaftet, nach Deutschland deportiert; nur 15 davon sind wieder zurückgekommen.

Diese Aktion, für die offiziell Kappler verantwortlich gemacht wird, gab das Startzeichen zur Judenverfolgung in ganz Italien. Der "SS" standen sämtliche Stadtregister zur Verfügung, die Namen und Adressen der Juden enthielten. Es war ein Leichtes, sie ausfindig zu machen und sie dann - in plombierten Wagen - nach Deutschland zu deportieren. Die noch überlebenden italienischen Juden sprechen heute noch mit Bewunderung und Dankbarkeit von der Haltung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Nicht nur fiel es niemanden ein (die Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel,) die Anwesenheit eines Juden den deutschen Behörden anzuzeigen, sondern sie wurden - auf eigene Lebensgefahr hin - beherbergt, versteckt und geschützt wie und wo man nur konnte.

Es muss stets daran erinnert werden, dass die katholische Kirche in dieser schrecklichen Zeit sich unermüdlich darum bemüht hat, Juden ihre Hilfe anzubieten und sie vor dem Terror zu retten. Ja, es gab selbst zahlreiche Faschisten, die Juden schützten, eben deshalb, weil sie, trotz ihrer mit den Nazis verwandten Ideologie, das Judenproblem "nicht fühlten". Aber nicht nur die Solidarität im Namen der Menschlichkeit hat Juden und Nicht-Juden während jener Zeit vereint. Auch eine der schrecklichsten in Italien ausgeführten "Strafaktionen" hat in einem einzigen Gemetzel Israeliten und Katholiken zusammengeführt. Als Folge eines von Partisanen organisierten Anschlages auf das deutsche Oberkommando in Rom wurden 75 Juden zusammen mit 300 Katholiken bei den Ardeatinischen Gräbern auf die grausamste Art ermordet.

"Furcht vor einem Wiedererwachen deutscher Macht"

Dass der Eichmann-Prozess viele negative, der Vergangenheit angehörende Gefühle gegenüber Deutschland wieder wecken würde, war vorauszusagen. Dem Beobachter fällt hier allgemein die "Furcht vor dem Wiedererwachen einer deutschen Macht" auf, welche Farbe sie auch haben möge. Diese Furcht wird oft damit begründet, dass in Deutschland keine grosse Massenbewegung vorhanden sei, die eine offene und strenge Selbstkritik gegenüber der Haltung des ganzen deutschen Volkes während der Hitlerzeit ausübe. Es ist hier bekannt - und es wird umso mehr geschätzt - dass ungezählte Deutsche auch Opfer des Nationalsozialismus wurden; aber es scheint einer breiten Schicht von Italienern unverständlich zu sein, was noch viele Touristen hier erklären, nämlich "nichts von den Greueln gewusst zu haben", oder einfach gezwungen worden zu sein, "bestimmte Befehle auszuführen".

Dies umso mehr, als in Italien eine breite, an keine bestimmte Partei gebundene antifaschistische Massenbewegung vorhanden ist, welche ständig den "Ungehorsam" zahlreicher Frauen und Männer gegenüber dem faschistischen Regime preist und - was besonders wichtig erscheint - unermüdlich fortführt, die nicht genügende Auflehnung vieler Italiener während des Faschismus zu kritisieren und anzugreifen. Es handelt sich dabei um eine oft äusserst scharfe Kritik am eigenen Volke, nicht nur am vergangenen Regime.

Schutz vor Verrat

Von Wolfgang Jansen

Die Frage der Sicherung gegen Geheimnisverrat wird seit Monaten im Bundestag diskutiert. Die Bundesbauverwaltung hatte einen Vorschlag gemacht. Zweifellos war sie dabei in einer etwas peinlichen Lage, galt es doch, Beschränkungen für die eigenen Vorgesetzten, die Abgeordneten nämlich, vorzuschlagen. So ist es verständlich, dass ihre Vorschläge entsprechend zurückhaltend waren. Einschneidendes und Wirksames konnte nur aus den Reihen der Abgeordneten selbst kommen.

Die SPD-Fraktion hat ihre Vorschläge dazu gemacht. Sie laufen - wie erinnerlich - darauf hinaus, dass Geheimsachen nur in einem besonderen, Tag und Nacht bewachten Raum unter Aufsicht eingesehen werden können und niemand mehr geheime Unterlagen in seinem Büro oder seiner Wohnung haben darf. Soweit solche Unterlagen in Sitzungen benötigt werden, sollen sie nach Schluss der Beratungen wieder eingesammelt werden.

Dass diese Vorschläge nur mit grossen Zögern beraten werden, ist ausserordentlich bedauerlich. Dies gilt umso mehr, als auf anderen, weit weniger wichtigen Gebieten zur Zeit hektische Eile vorherrscht.

Im Verkehrsausschuss wurde die Anhörung von Sachverständigen zu den Verkehrsgesetzen von der Mehrheit abgelehnt. Grund: Zeitmangel.

Im Ausschuss für Familien- und Jugendfragen wurde die Besichtigung von Einrichtungen der Fürsorgeerziehung von der Mehrheit abgelehnt, obwohl gerade über entsprechende Paragraphen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes beraten wird, von deren jetziger Fassung die Sachverständigen sagen, sie gehe an der Wirklichkeit vorbei. Grund der Ablehnung: Zeitmangel.

Im Ausschuss für Kommunalpolitik und öffentliche Fürsorge wurde die Anhörung des Rechtsausschusses über die Frage, ob das Sozialhilfegesetz mit der Verfassung vereinbar ist, von der Mehrheit abgelehnt. Grund: Wiederum Zeitmangel.

Nur bei der ungleich wichtigeren Frage, wie man sich gegen Geheimnisverrat schützen kann, liess man sich bisher sehr viel Zeit. Es wurde sogar ganz offen die Meinung vertreten, dieser Bundestag solle hierzu überhaupt keine Beschlüsse mehr fassen. Dem hat die SPD energisch widersprochen. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge soll die Bundestagsverwaltung unter Berücksichtigung der SPD-Vorschläge eine neue Vorlage ausarbeiten, mit der sich die Fraktionen dann befassen werden.

Gegen Verräter ist niemand gefeit. Gegen Verrat aber kann man sich weitgehend schützen. Man sollte das so schnell wie möglich tun, schneller, als das bisher geschehen ist.

Entwicklung zur äussersten Rechten ?

Ka-Kiel

Nach dem Zusammenschluss von Deutscher Partei und Gesamtdeutschem Block zu einer "Gesamtdeutschen Partei (DP/BHE)" für das ganze Bundesgebiet am letzten Wochenende in Bonn soll nun in den einzelnen Bundesländern der gleiche Schritt vorgenommen werden. Neben Niedersachsen, dem Stammland der Deutschen Partei, wird mit besonderem Interesse die Parteienfusionierung zu beobachten sein, die am kommenden Samstag in Schleswig-Holstein, dem Gründungsland des BHE, und zwar in Kiel, vorgenommen werden soll.

Auch hier gibt es wohl keinen Zweifel darüber, dass die Parteienfusionierung ohne Widerstand über die Bühne gehen wird. Aller Voraussicht nach dürfte man sich auf den aktiven und agilen BHE-Landesvorsitzenden und früheren Landtagsabgeordneten, den Baustoffproduzenten Dr. Beer aus Lütjenburg zum neuen Landesvorsitzenden einigen. - In Schleswig-Holstein rücken nun in die landespolitische Szenerie mit der Parteienfusionierung zwei neue Vorgänge ein.

Es muss damit gerechnet werden, dass in Schleswig-Holstein im Herbst eine neue Kommunalwahl durchgeführt wird, da das Bundesverfassungsgericht vor allen die Kommunalwahlrechtsbestimmung nicht billigen wird, dass nur die politischen, aber nicht die Rathausparteien Reservelisten aufstellen können. Die neue Gesamtdeutsche Partei bekäme also die Chance, sich mit Hilfe von Kommunalwahlgruppen sozusagen nach rechts zu öffnen und zu verbinden.

Wenn auch bezweifelt werden kann, dass die neue Partei irgendein Direktmandat in Schleswig-Holstein für den Bundestag erobert, so muss doch davon ausgegangen werden, dass die Rechtspartei die Fünf-Prozent-Sperrklausel für den Bundestag in Lande überspringen, aber vor allem in den Landbezirken und in den Kreistagen mit beachtlichen Kommunalfraktionen einrücken kann. Sie wird dort sehr oft mehr als ein Zünglein an der Waage zwischen den beiden grossen Parteien, den Christlichen Demokraten und den Sozialdemokraten, darstellen.

Die Christlichen Demokraten tendieren im Norden schon heute dahin, Kommunalwahl und Bundestagswahl an einem Tage stattfinden zu lassen - ein Bestreben, das schon den heftigen Widerstand der Freien Demokraten gefunden hat und die lauten Proteste der neuen Partei noch finden

April 1961

dürfte. Auf alle Fälle scheinen die Chancen vorerst gering zu sein, dass es in Schleswig-Holstein in den Reihen der neuen Partei Befürworter für ein Zusammengehen mit den Christlichen Demokraten im Bundestag geben wird, wenn man auch hier und da auf der kommunalen Ebene mit dieser Partei koalieren dürfte.

Die Tatsache, dass die Deutsche Partei und der Gesamtdeutsche Block im Kieler Landtag unter der Regie des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden von Hassel im Laufe der Jahre mit grossem personalpolitischen Geschick erheblich reduziert worden sind, wird zweifellos auch nach Bonn ausstrahlen, wo ja die Fraktionen der beiden Parteien den Druck der CDU gleichfalls nicht standhalten konnten.

Im Jahre 1950 zog der Gesamtdeutsche Block einmal mit 15 und die Deutsche Partei mit sieben Mandaten in den Kieler Landtag ein. Beide Parteien haben jahrelang mit der CDU koalitiert. Übrig geblieben sind allein fünf in der Opposition stehende Abgeordnete des BKE.

Die Entwicklung des zweiten Vorganges lässt sich schwer voraussagen. Mitglieder und Wähler der beiden Parteien kommen in Schleswig-Holstein, wo sich die Parteistruktur der CDU bereits sehr weit nach rechts erstreckt, aus dem noch weiter rechts aussen liegenden Raum. Die Publikationsorgane der beiden Parteien in Nordsee, die "Stimme Schleswig-Holsteins" der DP und die "Deutsche Einheit" des BKE haben oft den Eindruck entstehen lassen, dass man der Versuchung unterliegen könnte, die nächsten Wahlen mit Hilfe einer nationalistischen Demagogie zu gewinnen.

Zwar haben die Parteileitungen erklärt, dass in ihrem Fusionsgang die Deutsche Reichspartei nicht einbezogen werden soll. Aber auf der kommunalen Ebene ist das Risiko immer gross gewesen, mit rechtsradikaler Gruppen ein Bündnis einzugehen. Hier muss auch darauf hingewiesen werden, dass ja der frühere SS-General Reinefarth für den Gesamtdeutschen Block im Kieler Landtag sitzt. Es wäre bedauerlich, wenn die neue Partei, welche die Forderung nach der Einheit Deutschlands in den Mittelpunkt ihres Parteiprogramms gerückt hat, diese Programmatik aller Deutschen durch nationalistische Demagogie entwerten würde. Die neue Partei müsste sich nun aber auch bald handfest zu der Frage äussern, wo denn ihrer Auffassung nach die Ostgrenzen einmal liegen sollten und wie es dabei auch mit dem Sudetengebiet aussieht.

Angola klopft an das Tor zur Freiheit

Von Helmut Bauer

- * Die Ereignisse in Angola lassen befürchten, dass dort ein
- * neuer Unruheherd in Afrika entsteht. Am 1. Februar 1961
- * veröffentlichte der Sozialdemokratische Pressdienst einen
- * Artikel zu diesem Problem. Wir wurden von mehreren Abonnent-
- * en gebeten, diesen Artikel im Zusammenhang mit den jetzt
- * in der Weltpresse erscheinenden Meldungen über die Vorgänge
- * in Angola noch einmal zu veröffentlichen. Wir kommen diesem
- * Wunsche gern nach. Die Redaktion.

Nachdem Portugal einige Jahrzehnte im Windschatten der Welt-politik gelebt und der Weltpresse nur selten Schlagzeilen für die erste Seite geliefert hatte, scheinen nun mit einem Mal so ziem-lich alle politischen Gebrechen dieser "Glacé-Handschuh"-Diktatur offenbar zu werden: Neben der Affäre "Santa Maria", die wohl ein Alarmruf an die Weltöffentlichkeit, freilich mit verurteilens-werten Mitteln, sein soll, gibt ein hinter hermetisch verschlossenen Türen abrollender Prozess in der portugiesischen Kolonie Angola Gelegenheit, sich daran zu erinnern, dass der iberische Staat Por-tugal auch Kolonialmacht ist, die bisher anscheinend noch nicht mit den Emanzipationsbestrebungen der Eingeborenen Bekanntheit machte. Dass dies ein Irrtum war, der wohl nur wegen der streng gehandhabten Zensur des Lissaboner Alleinherrschers Salazar ent- stehen konnte, beweisen die übereins knappen Nachrichten, die uns jetzt erreichen. Ihr Inhalt ist immerhin so bedeutungsvoll, dass UNO-Beamte sorgenvoll fragen, ob den Vereinten Nationen eines Tages zusätzlich zur Kongo-Hypothek eine weitere afrikanische Be- lastung zuwachsen soll.

"Angriff auf Staatssicherheit"

Neben 50 afrikanischen Nationalistenführern befinden sich zur Zeit auch sieben Weisse auf der Anklagebank - und zwar alle in demselben Prozess und alle unter derselben Anklage: "Angriff auf die Staatssicherheit". Diese für Portugal so bedrohliche Aktivität von Schwarzen und Weissen bestand in Propaganda für die Selbst- verwaltung Angolas. Von Unabhängigkeit und Abzug der Kolonial- macht war bis zur Stunde in den Flugblättern der Angola-Unabhängig- keitsbewegung offenbar nicht die Rede. Aber selbst im Verlangen nach innerer Autonomie sieht das Regime Salazar schon ein todes- würdiges Verbrechen, steht doch auf Angriff gegen die Sicherheit des Staates nach portugiesischem Recht die Todesstrafe. Wahr- scheinlich glaubt man in Lissabon, durch den Prozess von Luanda, der Hauptstadt von Angola, die Kolonialuhr zurückdrehen und die Freiheitsbewegung in Afrika bremsen zu können. Die gefährliche Nähe des kongolesischen Krisenherdes im Norden und die Berührung mit der Südafrikanischen Union, die dank der Apartheid-Politik auch oft einer Leuzkessel gleich, macht die Nervosität des Lissaboner Regimes verständlich. Denn so politisch uninteressant

Angola mit seinen rund fünf Millionen Einwohnern bislang gewesen sein mag, seit in "Afrikanischen Jahr" unabhängige Staaten wie Pilze aus der Erde des schwarzen Kontinents geschossen sind, hat sich das radikal geändert. Die unabhängigen Nationen Afrikas blicken nicht gerade mit Zuneigung nach Südafrika, wo sich ein Wasserhochmut auslebt, der den verständlichen Zorn aller Farbigen erregen muss. Und die Kongo-Grenze ist alles andere als ein Schutzwall für die ungestörte Weiterführung kolonialer Praktiken in Portugiesisch-Westafrika.

"Füllt die Taschen der Weissen"

Seit 500 Jahren herrschen die Portugiesen in diesem volkarmen Teil Afrikas. Dass sie diese Zeit dazu benutzt hätten, die Angolosen zu "zivilisieren", lässt sich beim besten Willen nicht behaupten. Von den Kolonien gilt Angola schlechthin als die rückständigste. Verfassungsmässige Rechte irgendwelcher Art gibt es für den Grossteil der Bevölkerung nicht. Was das Land an materiellen Gütern hergibt - und das ist nicht eben viel - füllt allein die Taschen der Weissen. Ein europäischer Parlamentarier, der einer Abstecker nach Angola machen konnte, kam mit der erschütternden Feststellung nach Hause zurück, dass die Klassenstufung in Angola wie folgt aussieht: Erst die Weissen, dann die Kaufleute und als letztes die Eingeborenen. Selbst wenn das eine überspitze Formulierung sein sollte, so spricht sie dennoch Bände.

"... wenn jetzt die Angolosen"

Portugal zählt zu den rückständigsten Nationen Europas - immerhin gibt es dort noch rund 40 Prozent Analphabeten, und das nach fast 50-jähriger Herrschaft Salazars, des Meisters der "lautlosen und versteckten" Diktatur. Wie kann es dann in den Kolonien dieses Staates besser aussehen? Wenn jetzt die Angolosen, ermutigt von all jenen Zeichen, die der endgültigen Abschluss der kolonialen Epoche deutlich machen, aufbegehren, wird die Maschinerie der Militärgerichtsbarkeit auf Touren gebracht. Als ob nicht alle ehemaligen Kolonialmächte die Erfahrung machen mussten, dass gerade die Männer, denen man einstmals mit Gefängnisstrafen ihren Freiheitswillen zu nehmen suchte, wenige Jahre später die allseits geachteten und von allen Grossmächten respektierten und umworbenen Führer werden.

Der westlichen Welt kann es nicht gleichgültig sein, was in Angola geschieht. Weder der Algerien-Konflikt noch die kongolesische Bauernkrise sind berührt. Ein ähnlich gelagerter Fall Nr. 3 in Afrika würde mit Recht die Vertrauenswürdigkeit der westlichen Allianz bei den Farbigen untergraben, zumal Salazar Verbündeter der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel